

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Höfken, Nicole Maisch, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aktionsplan Ernährung vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit November 2006 arbeitet die Bundesregierung, aufbauend auf den zahlreichen rot-grünen Initiativen und Projekten zur Prävention von Übergewicht, an einem Aktionsplan Ernährung, legt ihn aber dem Deutschen Bundestag nicht zur Beratung vor. In seiner Regierungserklärung vom 10. Mai 2007 hat der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Horst Seehofer den Handlungsbedarf aufgezeigt. Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und SPD haben mit ihren Anträgen auf den Bundestagsdrucksachen 16/5271 und 16/5258 den Ergänzungsbedarf benannt. Im Bundeshaushalt sind zur Durchführung des Aktionsplans Mittel in Höhe von jeweils 10 Mio. Euro für die Jahre 2008 bis 2010 veranschlagt, für die bis heute eine ausgearbeitete Grundlage, die alle geplanten Maßnahmen enthält, fehlt.

Ende Januar dieses Jahres hat die Bundesregierung die Ergebnisse der Nationalen Verzehrsstudie II vorgelegt, die noch einmal deutlich gemacht haben, dass sich der Trend zum Übergewicht in der deutschen Bevölkerung verschärft. Rund zwei Drittel der Männer und die Hälfte der Frauen sind übergewichtig, ein Fünftel sogar stark fettleibig (adipös). Ein ehrgeiziges Maßnahmenpaket zur Lösung des nationalen Problems Übergewicht muss jetzt dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorgelegt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

umgehend einen Aktionsplan zur Ernährungspolitik vorzulegen, der die konkreten Maßnahmen für eine moderne Ernährungspolitik umfasst und dabei insbesondere den rechtlichen Rahmen wie Werbeverbote für Dickmacher, Präventionsmaßnahmen, zielgruppenbezogene Angebote wie kostenlose Schulessen und Bildungsmaßnahmen ausführt.

Berlin, den 20. Februar 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

